

Dresdner Volkszeitung

1436

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendbelegungs einschl. Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Osterr.-Ungarn M. 5.— Erhältlich tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, U. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarife 20 Pf. Inzerate sind
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und müssen
soweit zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 260.

Dresden, Montag den 9. November 1908.

19. Jahrg.

Kranke Männer — kranke Zustände.

Kranke Männer.

Es wird die Nachricht verbreitet, daß die Gesundheit des
ersten Bülow stark erschüttert sei. Es kann mit der Möglichkeit
gerechnet werden, daß die Verantwortung der Interpellationen
eine weitere Verzögerung erfährt. Wahrscheinlich aber sollen die
Krankheitsberichte darauf vorbereiten, daß Bülow die Reichstags-
interpellationen glücklich übersteht, dann aber seinen Abgang
vorbereiten will.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schöner
hat einen Erholungsurlaub nach dem Süden angetreten! Man
wird im Reichstag über das Auswärtige Amt sprechen ohne
ihnen Geht.

Der feindliche Freund.

Aus London wird dem V. T. gemeldet: Aus sehr guter Quelle
erhielt ich, daß der Autor der Veröffentlichung im Daily Telegraph
über das Kaiser-Interview keine der bisher genannten Persönlichkeiten
ist, sondern Sir Rowland Plenderhelfet, ein gelehrter
schwerer Baronet, der ein intimer Freund des Kaisers ist.

Dieser Freund hat also ebenso wenig wie der Kaiser selbst
ermutigt, daß die Veröffentlichung nicht als ein Akt der Freundschaft,
sondern der Feindschaft aufgefaßt werden würde!

Eine „Kontrollstelle“ für auswärtige Politik.

Es müssen „Würgschaften“ geschaffen werden, so er-
teilt auch die ebenso regierungs-offizielle wie nationalliberale
Blattliche Zeitung. Mit Worten sei es nun nicht mehr
zu machen, man müsse Taten verlangen. Wie sehen aber die
nationalliberalen Taten aus? Das Blatt empfiehlt die Einsetzung
von ständigen parlamentarischen Ausschüssen für auswärtige
Angelegenheiten. Ein solcher Ausschuss könne „recht wohlthätig
sein“ und eine „Vertrauensinstanz“ werden, die die Vermittlung
zwischen Volk und Regierung übernehmen. Ein solcher Ausschuss
sollte die Königlich-Preussische Regierung, auch eine Kontrollstelle
für die Regierung und eine Wehrung der Macht des Parlaments.

Ein recht nationalliberaler Vorschlag! Das sind rechte
Taten! Ein solcher Ausschuss würde, wie bei uns die
Lage liegen, ganz gewiß nichts anderes sein als eine neue Ge-
bilde für Bülowische Einseitigkeit. Die Regierung
würde ein bequemeres Mittel finden, die Verantwortlichkeit für ihre
Politik auf eine Stelle zu übertragen, die in Wirklichkeit ganz
unmöglich bleiben muß. Die Königlich-Preussische Regierung
würde ein solches Ausschuss sich bemühnen können. „Hätte,
bemerkte ich, Fürst Bülow die Offenbarungen der Nordd. Allg.
vom 31. Oktober einem solchen Ausschuss anvertraut, so hätte
er nicht nötig gehabt, unsere hässlichen Irrungen vor aller Welt
anzubringen.“ Eine Kontrollstelle, die in Wahrheit eine Ver-
würgungsstelle sein soll.

Wird solchen „Taten“ ist nicht getan. Wirkliche Ver-
antwortlichkeit des Reichslanzlers und Einfluß des
Reichstages auf die Regierung des Reichslanzlers.
Sollens — das ist die Mindestforderung des Tages!
Uebrigens leistet die Königlich-Preussische Regierung in ihrem Würg-
schaffen-Artikel einen Satz, der gerade in der jetzigen Situation
von besonderem Reiz ist. Sie erklärt nämlich, daß „die

monarchische Grundlage unserer Staatsform die Voraussetzung
einer ruhigen und geordneten Entwicklung bildet“. In aus-
ländischen Staaten, wo das Glück der monarchischen Grundlage
nicht lächelt, wird man uns um unsere „ruhige und geordnete
Entwicklung“ außerordentlich beneiden!

Fortdauer des Ministeriums im Ausland.

Aus London wird gemeldet:

Angesichts der neuen Verfassungen, die durch den Ausschuss
in der Beilage des Casablanca-Zwischenfalls ent-
standen sind, behauptet der Observer, verlässlich zu können, daß
zwischen England und Frankreich eine vollständige Meinungs-
übereinstimmung herrscht. Das Blatt fügt hinzu: „Es ist möglich,
daß aus den mit der inneren Politik Deutschlands in Verbindung
stehenden Gründen eine verständlichere Haltung in Berlin kaum vor
dem nächsten Dienstag gezeigt werden wird, wo Fürst Bülow im
Reichstage erscheinen soll, um Erklärungen wegen des Kaiser-
interviews abzugeben. Mag der Casablanca-Zwischenfall nun auch
friedlich gelöst werden, so hat doch die Methode und der Geist, in dem
die Angelegenheit von deutscher Seite geführt wurde, eine allgemeine
und nicht zu verkennende Klarheit und Befolgung in England hervor-
gerufen und das Vertrauen in den Frieden erschüttert. Dieses Miß-
trauen der Mächte wird so lange nicht weichen, als bis rüdenhafte
Männer an die Spitze der Regierung des Deutschen Reiches treten
und andere, eines großen und besonnenen Volkes würdige Re-
gierungsmethoden eingeführt sind.“

„In einem gewissen Sinne“, schreibt ein anderes Londoner
Wochenblatt, „ist die konstitutionelle Frage Deutschlands eine euro-
päische. Wenn der allgemeine Friede von der Initiative
einer Person abhängt, dann kann keine Sicherheit in der Welt
sein.“

Ein verhindertes Kaiser-Interview!

In der Dezembernummer einer amerikanischen Zeitschrift
sollte ein neues Interview mit Wilhelm II. veröffentlicht werden.
Es handelt sich um ein langes und interessantes Gespräch, das der
Kaiser mit einem amerikanischen Journalisten Hale über alle
möglichen Dinge auf seiner Fahrt bei der Nordlandreise geführt
hat. In diesem Fall aber soll es gelungen sein, die Veröffentli-
chung zu verhindern. Nicht ganz leicht; denn „nur einem
gewaltigen Druck nachzugeben“ — so wird dem Times
aus New York telegraphisch — „erhielt der Verleger die Nummer
des Blattes“.

Eine Meldung des V. T. aus New York ergänzt diese Mit-
teilung wie folgt: „Mit Hinblick auf schwere innere Verstim-
mung und die Möglichkeit kriegerischer Bewandlungen hat die deutsche
Regierung einen genügenden Druck ausgeübt, um durch Ver-
mittelung ihrer Botschaft in Washington, sowie des Staats-
departements die Veröffentlichung des Interviews mit Kaiser
Wilhelm, das der amerikanische Journalist Hale gehabt hat und
das in der Dezembernummer des Century Magazine veröffentlicht
werden sollte, unterbleibe. Der Verleger des Interviews erlangte
von dem Verlag der genannten Zeitschrift die Erlaubnis, seinen
Artikel zurückzugeben, was für die Zeitschrift einen Verlust von

15000 Dollar mit sich brachte. Doch kam der Verlag zu der
Einsicht, daß die schwerwiegenden Ereignisse, die die Veröffentli-
chung des Interviews gewärtigen ließen, eine Neuauflage recht-
fertigen würde. Es heißt, daß der Kaiser selbst die Wichtigkeit
einer Unterdrückung der Veröffentlichung eingesehen habe, und daß
er selbst alle diplomatischen Fäden in Bewegung gesetzt habe, um
dies zu erreichen.“

Die wirtschaftlichen Folgen der miserablen Außenpolitik.

Die Industriellen und die königlichen Kaufleute Deutsch-
lands, deren Wirtschaftsinteressen durch die Art unserer Außen-
politik so überaus stark beeinträchtigt werden, wenden sich nicht zuletzt
durch eine besondere Teilnahmslosigkeit gegenüber allen Erörterungen
auswärtiger Fragen aus. Nur wenn Notizen und Berichts-
lieferungen in Frage kommen, steigt ihre Anteilnahme, dann werden
sie aktiv und greifen selbst in die Sache, um eine laute Propaganda
für die ihnen winkenden Aufträge einzufahren zu lassen.

Um so erfreulicher ist es, daß ein großes industrielles Unter-
nehmen in diesem Augenblick auf die Gefahren hinweist, die der
deutschen Industrie aus der unglücklichen Außenpolitik unserer Diplo-
matie erwachsen. In einer Broschüre des Geschäftsbüros der
Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, deren Ver-
antwortung der Verwaltung dieser Gesellschaft angelassen wird,
erklärt der Vorkursur: „In neuerer Zeit gehen in der Elek-
trizitäts-Industrie die Aufträge weit langsamer als vor Jahresfrist ein.
Große Gefahren drohen den deutschen Firmen aus verschiedenen
Richtungen. An erster Stelle ist zu betonen, daß die unglückliche aus-
wärtige Politik, welche das Deutsche Reich verfolgt, sich in empfind-
licher Weise bemerkbar macht. Neben die Hälfte der deutschen
elektrischen Erzeugung ist auf den Export angewiesen, und bei
diesem Export sieht man gegenwärtig auf enorme Schwierigkeiten,
welche durch den Widerwillen der Ausländer gegen den Kauf
deutscher Rohstoffe hervorgerufen werden. Unsere auswärtige Politik
hat es dahin gebracht, daß wir in allen Ländern nur noch kleine
Bestände, die auch auf wirtschaftlichem Gebiete aus ihrer Abneigung
gegen Deutschland keinen Hehl machen.“ So spricht das führende
Unternehmen der deutschen Elektrizitäts-Industrie. Aus diesen Aus-
führungen geht mit erschütternder Deutlichkeit hervor, daß die letzten
Wörter des größten deutschen Elektrizitäts-Gesellschaft zur
Genüge wissen, daß das Gerede der auswärtigen Politik Deutschlands
nicht nur Schande für die verantwortliche und unverantwortliche
Diplomatie bedeutet, sondern daß ihre Folgen mehr und mehr das
gesamte wirtschaftliche Deutschland treffen würden. Dieser Zu-
sammenhang der Außenpolitik mit den Interessen von Handel
und Industrie müßte, wenn er den beteiligten Kreisen klar zum Bewußt-
sein kommt, die politischen Vertreter des Industrie- und Handels-
kapitals veranlassen, mit heftigen Worten zu sprechen, um der unglück-
lichen und gewissenlosen Diplomatie ein Ende zu bereiten. Die
bürgerlichen Parteien verhalten sich diesen Gefahren, in politischer
Freiheit und Unfähigkeit ließen sie sich angefaßt des Zusammen-
bruchs der deutschen Diplomatie ganz der Unberücksichtigung aus. Um
so tröstlicher wird ihr Erwachen sein, wenn es zu spät ist.“

Die Deferteure.

Die blöde Formel.

Der erste Satz des deutschen Gegenstands: „Frankreich und
Deutschland besetzen gemeinsam den Neutralitätsfall von Casablanca“
wurde nach einer V. T.-Meldung in Paris angenommen, dagegen
konnte die Regierung den zweiten Satz, worin es heißt, Frankreich besetze,
daß die kaiserliche Unvergleichlichkeit angefallen worden, Deutschland dagegen
bedeutet das unkorrekte Vorhaben kein Kommando, nicht annehmen.

(Mitglied der ersten Kammer) nach Grundordnung von Robert
Blum's Verhaftung nach Wien gereist ist.

Während der Verhaftung des geschiedenen Fortschritts.
Und am nächsten Tage wurde folgende Anfrage an
Herrn v. Rostig-Wallwitz in der Dresdner Zeitung ge-
richtet:

1. Ist es wahr, daß Sie im Lager bei Windischgrätz ge-
wesen sind?
2. Ist es wahr, daß Sie, wie das Gerücht erzählt, Ihrer
Dienstpflicht verfallen haben, von Ihrer Reise nach Wien zu sprechen?
3. Ist es wahr, daß Sie der Verfasser des angeblich an die
abtlige Ressource gelangten Briefes sind, welcher Robert Blum nach
in seinen letzten Augenblicken zu schänden und ihm den Ruf eines
Verräters zu entreißen suchte?
4. Ist es wahr, daß Sie trotzdem gegen einen sächsischen Wä-
terfellen auf dem Rückwege von Wien demontiert haben, etwas von
Blum's Ermordung zu wissen?

Demartige Mitteilungen und Gerüchte, die gewiß nicht erfunden
waren, steigerten natürlich die Wut des Volkes gegen den Adel und
die Regierung auf das höchste und zwangen die Regierung zu ihrer
Erklärung. Die Vaterlandspartei hielt Protestversammlungen
und Trauerkundgebungen ab — der Dresdner Vaterlandspartei
am 17. November im Zeitzungs-Haus-Saal — und am Son-
ntag den 19. November fand dann in Dresden eine große Taten-
feier für Robert Blum statt. Die Freie wäre demnach an
einem „Bräutigam“-Streit geendet. Die Behörden bestanden
nämlich darauf, daß in der Kirche nur ein Geistlicher reden dürfe,
schließlich haben sie aber wenigstens insofern nach, daß nach dem
Sächsischen auch ein „Vater“ das Wort ergreifen dürfe. Um 2 Uhr
nachmittags sammelten sich ungefähr 12000 Männer vor dem Be-
rathshaus. Um 3 Uhr legte sich der imposante Zug in Bewegung.
12 Paraskalle mit Trauerhüten zierten den Zug, die deutsche und
die sächsische Fahne, die Fahnen des deutschen, republikanischen, des
Zugenerneuers, des Arbeiter- und Handwerkerbundes wurden
mitgetragen. An der Spitze des Zuges gingen der patriotische und
freiwillig erschienenen Bürgerwehrmann, Professor, Schiffsingenieur,
Soldaten in bunter Abwechslung. Hinter der deutschen Fahne
ging eine sächsische Abteilung konfessioneller Artillerie.
Elegisch klangen die Töne des den Zug eröffnenden Artillerie-
Ergänzungschors, in den Tönen klangen die Töne des in der Trauer-
kirche an, in der aber nur ein kleiner Teil Platz finden konnte.

Dresden unter dem Eindrucke der Erchießung Robert Blums.

2.

Am 16. November protestierten auch die Dresdner Stadt-
verordneten gegen die Erschießung Blums und nahmen ein-
stimmig drei Anträge Dr. Schütz an, die Regierung zu ersuchen,
den sächsischen Gesandten in Wien zurückzurufen und zur Rech-
enschaft zu ziehen, die Akten über die Erschießung Blums zu ver-
öffentlichen und bei der Zentralgewalt Bewe-
gungen und zu veröffentlichen und bei der Zentralgewalt Bewe-
gungen zu verlangen. Außerdem wurde einstimmig beschlossen, die
Brauereifabrik am Sonntag zu einer Gedächtnisfeier Blums zu ge-
nehmigen und mit allen Ehren zu lassen. Nach bevor diese
Kreuzfeier stattfand, am 17. November, ließ das Gesamtministerium
folgende Bekanntmachung veröffentlichen:

Bekanntmachung.

Die Nachricht von dem handbrechlichen Verfahren gegen den
deutschen Reichstagsabgeordneten Robert Blum zu Wien hat
in Sachsen Schmerz und Entrüstung hervorgerufen. Diesen Ge-
fühlen ist in Volkerversammlungen und Vereinen durch verschiedene
Beschlüsse Ausdruck gegeben worden, welche zum Teil als Anträge
an die Regierung gemacht worden sind. Die Regierung erkennt die
inhaltliche Bedeutung dieses traurigen Ereignisses sowie die
Pflichten, welche es ihr auferlegt, und wird sie erfüllen. Sie hat
dies bereits in der Special-Kammer der Ständeversammlung er-
klärt; sie spricht es hiermit noch einmal vor dem sächsischen Volke
aus. Aber sie verbindet damit auch die Mahnung zur Be-
sonnenheit und Mäßigkeit.

Durch die königliche Befehlskraft zu Wien ist auf Mitteilung
der Vorgesetzten angetragen worden. Die Regierung hat von dem
königlichen Gesandten sofort Nachforschungen über sein Verhalten ge-
fordert; sie hat bei der Zentralgewalt zu Frankfurt, als der hierzu
vorgeschriebene berufenen Besätze, entsprechende Anträge gestellt. Die
Regierung glaubt hierdurch alles getan zu haben, was bei der gegen-
wärtigen Lage der Sache von ihr mit Recht gefordert werden kann.
Die Bewegung und das Begehren ist aber hierbei nicht stehen
geblieben.

Zu ähnlicher Reibenschaft ist gegen das I. I. österreichische
Gesandtschaft in Leipzig von einzelnen eine Verletzung des Bürger-
rechts begangen worden. Die allgemeine Stimme hat darüber ge-

richtet und die Regierung hofft, daß zur Ehre des sächsischen Volkes
jeder Versuch zu einer ähnlichen Tat unterbleiben wird.

Man hat Sorge gehabt, weil die politische Bewegung Blums
gewesen seien. Das heißt im Namen der Freiheit die Ehre
verleihen.

Man hat verlangt, die Regierung solle dem I. I. österreichischen
Gesandten in Dresden seine Pässe aufstellen. Das heißt einen Bürger-
krieg in Deutschland heraufbeschwören.

Man hat gegen den königlichen Gesandten zu Wien eine Ver-
urteilung ohne Beweise verlangt; das ist den bekanntesten Rechts-
grundsätzen entgegen. Die Regierung wird dagegen den Erfolg der
geforderten Nachforschungen feierlich veröffentlichen.

Man hat von einigen Seiten die Beteiligung des Staates bei
der Erschießung Blums in Frage gestellt. Aber mit
richtigen Gefühlen hat man andererseits zunächst diese Sache frei-
willigen Verzeihen vorbestimmt.

Indem die Regierung diese öffentliche Erklärung zugleich als
Antwort auf die an sie gestellten Anträge betrachtet, erwartet sie,
daß das sächsische Volk auch bei dieser traurigen Gelegenheit
sich durch Achtung vor dem Befehle der Freiheit würdig zeigt.
Dresden, 17. November 1848.

Bekanntmachung.

Dr. Braun, Dr. v. d. Forst, Georgi, Oberländer, v. Vaitter.
Aufsicht wird sich die Regierung nicht anerkennen haben.
Blum zu retten aber um nachher Rücksicht zu verlangen. Aber
sie hatte auch gar nicht die Macht, etwas zu erreichen. Die Zentral-
gewalt in Frankfurt a. M. wird das Verlangen nach Nachforschungen
wegen der Hinrichtung Blums mit der Bemerkung ab-
gelehrt, daß in einem solchen Falle, kommt darin um, und Unbilligkeit
wird sich über den sächsischen Protest nicht aufgeregt haben. Im
sächsischen Volke aber war allgemein die Meinung verbreitet, die
Hinrichtung Blums sei von den Reaktionen Dresdens betrieben
worden. So wurden am 14. November in der Dresdner Zeitung
folgende „Anfragen“ gestellt:

1. Ist es wahr, daß der gegenwärtige königl. sächsische
Gesandte in Wien, ein Bruder des Ex-Ministerpräsidenten von
Königreich, und
2. Ist es wahr, daß der Ex-Kriegsminister v. Rostig-Wallwitz

* Königlich war ein Ex-Reaktionär und mußte auf Drängen
des Volkes seinen Ministerposten verlassen.